Artikel vom 26.03.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:57 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/agrarpolitiker-fordern-sonderhilfen

Agrarpolitiker fordern Sonderhilfen



Foto: imago/Countrypixel

Abfederung bei steigendenden Düngerpreisen durch EU-Zölle auf Stickstoffdünger aus Russland und Belarus

Der Landwirtschaftsausschuss im EU-Parlament zeigt sich in Teilen besorgt über die möglichen Folgen der Pläne der EU-Kommission, Stickstoffdünger aus Russland und Belarus mit neuen Einfuhrabgaben zu belegen. Wie bei einer Anhörung vergangene Woche deutlich wurde, stimmen die meisten Abgeordneten zwar mit der unterstützenden Linie ihrer Kollegen im federführenden Handelsausschuss überein. Sorgen bestehen bei den meisten Agrarpolitikern allerdings im Hinblick auf die möglicherweise steigenden Kosten für die heimischen Landwirte.

Die Berichterstatterin für den Landwirtschaftsausschuss, Mireia Borrás, warnte mit Nachdruck vor den negativen Auswirkungen. Russland und Belarus würden zeitnah neue Absatzmöglichkeiten erschließen, während die europäischen Bauern mit höheren Preisen zurechtkommen müssten. Sonderhilfen sind daher aus Sicht der Spanierin zwingend erforderlich. Andernfalls sieht die Abgeordnete der Patrioten für Europa (PfE) auch die Ernährungssicherheit gefährdet.

Krzysztof Hetman, Schattenberichterstatter der EVP, lobte derweil den Vorschlag der

Kommission als ausbalanciert. Positiv hob er vor allem die schrittweise geplante Einführung der Zölle über einen Zeitraum von drei Jahren hervor. Wichtig ist laut Hetman, dass die zuletzt steigende Abhängigkeit der EU von russischen und belarussischen Düngeeinfuhren durchbrochen wird. Ähnlich äußerte sich Dario Nardella von der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D). Laut dem Italiener muss die Kommission aber konkrete Pläne vorlegen, um den Bauern bei einem drastischen Preisanstieg unter die Arme zu greifen.

Die Agrarsprecherin der liberalen Fraktion Renew Europe (RE), Elsi Katainen, fordert von der Brüsseler Behörde, nun endlich eine EU-Düngestrategie vorzulegen. Ihre Kollegin von den Grünen, Cristina Guarda, mahnt derweil die Abhängigkeit von mineralischen Stickstoffdüngern aus Drittstaaten zu reduzieren. Auch könne der Einsatz bei gleichbleibenden Erträgen noch deutlich zurückgefahren werden.

AgE